

# KVNo will Anreize für sparsames Verordnen schaffen

*Vertreterversammlung der KV Nordrhein konkretisiert Organisationsreform – Debatte über Boni für wirtschaftlich verordnende Ärzte*

von **Frank Naundorf**

**M**it Beginn der nächsten Amtsperiode wird es in der Kassennärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo) nur noch die Bezirksstellen in Köln und Düsseldorf geben. Das hat die Vertreterversammlung (VV) der KVNo am 13. April in Köln beschlossen. Wenige Tage vorher hatte das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit Nordrhein-Westfalen die Reduzierung der Zahl der Bezirksstellen genehmigt.

Mit 102 gegen 17 Stimmen verabschiedet wurden auch Änderungen an der „Ordnung über die Organisation der satzungsgemäß gebildeten Verwaltungsstellen“. Demnach entsendet künftig jeder Kreisstellenvorstand ein Mitglied in den Verwaltungsrat der jeweiligen Bezirksstelle. Diesem werden darüber hinaus ein Psychotherapeut und ein Vertreter der außerordentlichen Mitglieder angehören. An der Zusammensetzung der Kreisstellenvorstände ändert sich nichts.

Bereits im Mai 2001 hatte die VV beschlossen, dass dem Vorstand nur noch elf Mitglieder angehören werden. Auch die Zusammensetzung wurde geregelt: acht ordentliche Mitglieder, zwei außerordentliche und ein Psychologischer Psychotherapeut. Da mit der Verkleinerung des Vorstandes eine größere Arbeitsbelastung verbunden sein dürfte, wurde nun eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Verwaltungsrat einer Bezirksstelle und im Vorstand ausgeschlossen. Umgesetzt werden die Beschlüsse zur Organisationsreform Anfang 2005.

Die Vertreter verabschiedeten zudem die Einrichtung von drei Wi-

derspruchsstellen. „Damit soll eine raschere Bearbeitung der Widersprüche möglich werden“, sagte Dr. Leonhard Hansen, Vorsitzender der KVNo. Die Widerspruchsstellen werden im Juli 2003 ihre Arbeit aufnehmen und bei den Bezirksstellen Köln und Düsseldorf sowie der Hauptstelle angesiedelt sein. „Durch regelmäßige Arbeitsbesprechungen und die Fachaufsicht durch den Justitiar wird eine einheitliche Spruchpraxis sicher gestellt“, erläuterte Dr. Lothar Rütz, Vorsitzender des Organisationsausschusses.

## **Kritik an der Pharmaindustrie**

Neben der Organisationsreform beschäftigte sich die VV vor allem mit Fragen der Honorar- und Arzneimittelpolitik sowie den Disease-Management-Programmen (DMP). Hansen warnte davor, dass Patienten im Zuge der DMP zu „gläsernen Menschen“ mutieren könnten. Denn der Gesetzgeber fordere im diesem Rahmen erstmals einen umfangreichen Datentransfer von den KVen zu den Krankenkassen. Dabei bestehe die Gefahr, dass die Kassen diese Daten nutzen, um Patienten- und Arztprofile zu erstellen. Die VV stimmte einem Antrag zu, in dem Bedingungen für die Zustimmung zu DMPs formuliert wurden: Unter anderem dürfe die Finanzierung der „Nicht-DMP-Krankheiten“ nicht gefährdet werden.

Scharfe Kritik übte Hansen an der Pharmazeutischen Industrie: Sie hintertreibe durch juristische Winkelzüge und fragwürdiges Marketing die Sparsbemühungen der Ärz-

te: „Setzen Sie Ihre Referenten, für die sie bundesweit rund die Hälfte von dem ausgeben, was uns in Nordrhein in diesem Jahr zur Arzneimittel-Versorgung zur Verfügung steht, nicht länger dafür ein, unsere Informationspolitik zu hintertreiben.“

Heftig diskutierten die Delegierten einen Antrag, der eine Verknüpfung zwischen Honorar und Arzneiverordnungen ausschließen sollte. „Dies käme einem Sündenfall gleich“, sagte Angelika Haus, Vorsitzende des Hartmannbundes Nordrhein.

Der KVNo-Vorsitzende entgegnete, dass das Arzneimittelbudget-Ablösesgesetz (ABAG) Verknüpfungen der Steigerungsrate der Gesamtvergütung mit der Entwicklung der Arzneimittelausgaben vorsehe – was die Kassen auch umsetzen wollten.

Hansen versicherte, alles daran zu setzen, die volle Grundlohnsummensteigerung in Höhe von 1,84 Prozent zu realisieren: „Wer bei Verordnungen spart, der wird diese Steigerung auch bekommen, wahrscheinlich sogar mehr.“

Es sollten finanzielle Anreize für diejenigen geschaffen werden, die ihre Richtgrößen unterschreiten oder die ihre hohen Verordnungskosten deutlich reduzieren. Hansen verwies auf die Zustimmung des Vorstandes für seine Strategie und appellierte an die Vertreter, die notwendige Flexibilität in den Vertragsverhandlungen nicht einzuschränken. Andernfalls werde er „persönliche Konsequenzen“ ziehen. Der Antrag wurde schließlich mit knapper Mehrheit an den Vertragsausschuss überwiesen.